Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, [illegible] monatlich 1.[illegible] M. Durch die Post bezogen [illegible] M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn [illegible]. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 201. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 136. | Dresden, Freitag den 16. Juni 1916 | 27. Jahrg.

Eine erfolglose Friedensanregung im Schweizer Bundesrat.

Bern, 15. Juni.

+ Bei der Beratung der politischen Abschnitte des dritten bundesrätlichen Rechenschaftsberichts im Nationalrat äußerte Scherrer-Füllemann, er **empfinde es als einen Fehler, daß der Bundesrat es bisher unterlassen habe, den Kriegführenden seine guten Dienste für eine Friedensvermittlung anzubieten. Gerade in letzter Zeit gingen Mitteilungen durch die Presse, aus denen hervorgeht, daß neutrale Staaten untereinander zur Besprechung einer Vermittlungsaktion in Fühlung getreten seien. Es falle auf, daß die Schweiz sich nicht unter diesen neutralen Staaten befinde. Die nordischen Staaten hätten in dieser Richtung mehr getan als die Schweiz. Er möchte daher beim Bundesrat anfragen, ob dieser solche Schritte schon getan habe; wenn nicht, warum er es nicht getan habe, und ob er nicht in nächster Zeit solche Schritte zu tun gedenke.**

Oberst Hofer: „Nach dem Haager Uebereinkommen ist es ein **formelles Recht der Neutralen, ihre Dienste anzubieten.** Dieses Recht wird erst hinfällig, wenn eine Ablehnung der Kriegführenden vorliegt, daß das vorgeschlagene Ziel nicht genehm sei. Die Neutralen haben überdies die moralische Pflicht, ihre Dienste anzubieten. **Die Kriegführenden haben ohne Ausnahme einen ehrenhaften Frieden für ihre Tapferkeit verdient. Die heutige Kriegslage ist zweifellos geeignet, einen gemeinsamen Schritt der Neutralen zu veranlassen. Wenn alle neutralen Staaten zusammentreten und ihre guten Dienste anbieten, haben die Kriegführenden die Garantie, daß die Kriegslage und deren Konsequenzen nicht einseitig und parteiisch beurteilt würden. Diesem gemeinsamen Vermittlungsakt müßte sich auch der Papst anschließen, dessen Einfluß auf die katholischen Staaten nicht gering sei.“**

Bundesrat Hoffmann, der Chef des politischen Departements, erklärte:

Die Pressenachrichten über eine vermittelnde Tätigkeit anderer neutraler Staaten sind mit äußerster Vorsicht zu beurteilen. Es ist Veranlassung vorhanden, diese Pressemitteilungen als unzutreffend zu erachten. Der Bundesrat befindet sich schon seit geraumer Zeit in ständiger Fühlung mit anderen neutralen Regierungen, kann aber darüber keine Mitteilungen machen. Das Recht der Neutralen, ihre guten Dienste zur Vermittelung anzubieten, fließt auf Grund des Artikels 30 des Haager Abkommens von 1899 außer Zweifel. Vom Standpunkte des Völkerrechtes kann die Ausübung des Rechtes der Vermittelung nicht als ein unfreundliches Vorgehen betrachtet werden. Im gegenwärtigen Augenblicke besteht aber die Gefahr, daß dies von einer Seite der Kriegführenden der Fall wäre. Der Moment der Krise, der Augenblick höchster militärischer Anspannung, die gegenwärtig vorhanden ist, erscheint zu Versuchen der Vermittelung wenig geeignet. Der Standpunkt Scherrers, daß der Zeitpunkt geeignet sei, weil die Neutralen kein Interesse daran haben, daß der Frieden auf den Trümmern des einen oder des anderen Staates geschlossen werde, ist, neutral gesprochen, verständig, weil wir, neutral gedachten, ein gewisses Gleichgewicht zwischen den großen Staaten als für uns am vorteilhaftesten erachten. Vom Standpunkte der Kriegführenden erscheint die Sache vielleicht anders, und es ist da größte Vorsicht geboten. Es kann nicht unsere Sache sein, es kann die Sache keines neutralen Staates sein, den Kriegführenden zu sagen, welches ihre eigenen Interessen sind. Das können nur sie selbst entscheiden. So oft also auch die ganz natürlichen Friedensbestrebungen an den Bundesrat gelangen, muß er sich wiederholen, daß eine Regierung kühlen Kopf zu bewahren hat und das Herz nicht zu sehr sprechen lassen darf. Sie muß kühl erwägen, ob die gegebene internationale Lage für ein Eingreifen geeignet ist. Nur dann kann sie richtig handeln. Alle Entschließungen, alle Versammlungen, alle Kundgebungen können an diesem Standpunkte des Bundesrates nichts ändern. Der Bundesrat kann nur versichern, daß er nach wie vor mit größter Aufmerksamkeit den Gang der Ereignisse verfolgen wird und daß er sich als Erster glücklich schätzen wird, wenn er dazu beitragen kann, einen baldigen dauerhaften Frieden zu erreichen. Zur Frage der Einberufung einer allgemeinen Staatenkonferenz zur Beratung einer internationalen Rechtsordnung, zur Erledigung aller völkerrechtlichen Streitfragen bemerke ich: Der Bundesrat ist sich immer klar gewesen, daß es eine erste Pflicht einer neutralen Regierung sein wird, an dem Wiederaufbau des zertrümmerten Völkerrechtes zu arbeiten und daß die neutralen Staaten in allererster Linie ein Lebensinteresse daran haben, ihre heiligen, so vielfach verletzten Rechte auf einer sicreren Grundlage wieder aufzubauen, als das jetzige Völkerrecht ist. Der Bundesrat muß sich auch in dieser Frage freie Wahl der Mittel und des Zeitpunktes für die Erreichung des Zieles vorbehalten. Hoffentlich ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, daß der Bundesrat nicht mehr mit einer bloßen Vertröstung, sondern mit sachlichen Mitteilungen erwidern kann. Eine andere Antwort kann heute nicht gegeben werden. (Beifall.)

(W. T. B.) Amtlich Großes Hauptquartier, den 16. Juni 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Links der Maas griffen die Franzosen mit starken Kräften den Südhang des Toten Mannes an. Nachdem es ihnen gelungen war, vorübergehend Gelände zu gewinnen, wurden sie durch einen kurzen Gegenstoß wieder zurückgeworfen: wir nahmen dabei 8 Offiziere, 238 Mann gefangen und erbeuteten mehrere Maschinengewehre. Eine Wiederholung des feindlichen Angriffs am späten Abend und Unternehmungen gegen die beiderseits anschließenden deutschen Linien waren völlig ergebnislos. Der Gegner erlitt schwere blutige Verluste.

Rechts der Maas blieb die Gefechtstätigkeit, abgesehen von kleineren, für uns günstigen Infanteriekämpfen an der Thiaumont-Schlucht, im wesentlichen auf starke Feuertätigkeit der Artillerien beschränkt.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Gegen die Front der Armee des Generals Grafen Bothmer nördlich von Brzeziny setzten die Russen auch gestern ihre Anstrengungen fort. Bei der Abwehr des Feindes blieben über 400 Mann gefangen in der Hand des Verteidigers.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 16. Juni. Der amtliche Kriegsbericht vom 15. Juni lautet: An der Front von südwestlich des Narocz-Sees entwickelte die feindliche Artillerie an mehreren Stellen eine lebhafte Feuertätigkeit. Die Deutschen versuchten darauf, aus ihren Gräben herauszukommen, wurden jedoch jedesmal abgewiesen. In der Gegend von Baranowitschi entspann sich ein örtliches Gefecht, in dessen Verlaufe wir zunächst einige feindliche Gräben nahmen. Ein Gegenstoß der Deutschen zwang uns wieder in unsere Ausgangsgräben zurück. — Die Offensive des Generals Wassilew dauerte fort an. An verschiedenen Teilen der Front wachsen wir von neuem Gefangene und Kriegsbeute. Der Feind setzt seine Gegenangriffe an mehreren Stellen fort und faßt in dem neuen Gelände Fuß. — Nach den jetzt ergänzten Berichten hat sich folgende genauere Zahl von Gefangenen und Kriegstrophäen ergeben: 1 General, 3 Regimentskommandeure, 2487 Offiziere, 5 Regimentsärzte, ungefähr 150 000 Soldaten, 168 Geschütze, 266 Maschinengewehre, 131 Bombenwerfer und 32 Minenwerfer.

Es bleibt nichts anderes übrig ...!

wtb. Budapest, 16. Juni.

Im Laufe der Erörterung des Budgetprovisoriums ergriff Ministerpräsident Graf Tisza das Wort und führte aus: Auch die gegenwärtige Debatte habe ergeben, daß **alle Teile des ungarischen öffentlichen Lebens darin übereinstimmen, daß angesichts der Aufnahme, die die auf den Frieden gerichteten, im ungarischen Parlament und im Deutschen Reichstage gefallenen Erklärungen bei unserm Gegnern gefunden haben, uns nichts anderes übrig bleibt, als den Kampf mit unerschütterlicher Festigkeit fortzusetzen. Gegenüber unserer Monarchie stellen sich die Gegner auf den zynischen Standpunkt, die Monarchie aufteilen und vernichten zu wollen. Gegenüber dem Deutschen Reiche gebrauchen sie das billige Schlagwort vom Kampfe gegen den deutschen Militarismus. Es wäre sehr leicht, nachzuweisen, daß der Militarismus, der auf den Völkern Europas lastet, nicht ein deutscher, sondern ein europäischer Militarismus ist.** England führt den Krieg aus Furcht vor dem Wettbewerb. Der Ministerpräsident verweist zum Beweise der englischen Denkungsart auf einen Artikel der Daily Mail, die die Ernennung Helfferichs zum Staatssekretär bespricht und hierbei sagt, auch England brauche an der Spitze der Regierung einen Mann, der fähig ist — man würde erwarten: den englischen Handel zu entwickeln —, das sagt das Blatt aber nicht, **sondern es sagt, den deutschen Handel zu vernichten.** (Lebh. Bewegung.) **Einer solchen Gesinnung gegenüber können wir nichts anderes tun, als den Kampf fortzusetzen. Wir können mit Recht sagen, daß das Blut, das noch weiter vergossen wird, auf das Haupt jener fällt, die den Kampf ohne jede moralische Berechtigung und Notwendigkeit fortsetzen.**

Der Krieg hat die Mitglieder der ungarischen Nation einander nähergebracht. Wir haben gelernt, einander zu schätzen und zu vertrauen. Nationalitäten- und Klassengegensätze müssen in den Hintergrund treten. Nicht mehr Schlagworte, sondern die wahren Interessen der Nation müssen richtunggebend sein. Das öffentliche Leben darf nicht dort fortgesetzt werden, wo es vor dem Kriege unterbrochen worden ist. Alle Kräfte der Nation müssen den wahren Interessen der Nation dienen. Dies wird die beste Gewähr für eine glückliche Zukunft der Nation sein. (Lebh. Beifall.) Hierauf wurde das Budgetprovisorium angenommen.

Zur Vertagung der sozialistischen Neutralenkonferenz.

Aus Amsterdam wird uns berichtet:

Die Agence Havas hat einen Bericht versendet, wonach die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten die Teilnahme an der für den 26. Juni angesetzten Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Länder ablehnt und die Ansicht ausgesprochen haben soll, daß die Zeit für den Frieden noch nicht gekommen sei. Eine offizielle Erklärung des Internationalen Sozialistischen Bureaus stellt nun fest, daß das offiziöse französische Depeschenbureau hier die Tatsachen frech verdreht hat. Daß von einer Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz nicht die Rede sein kann, geht daraus hervor, daß es gerade die amerikanische Partei ist, die die Konferenz beantragt hat. Weiter hat gerade sie die Ueberzeugung ausgesprochen, daß der Krieg schon zu lange gedauert habe, und überdies ist sie es gewesen, die das Datum des 26. Juni vorgeschlagen hat. Wahr ist, daß Genosse Hillquit wegen einer in Amerika ausgebrochenen großen Streikbewegung in der Bekleidungsindustrie den Wunsch ausgesprochen hat, seine Reise nach Europa etwas verschieben zu können. Desgleichen haben die Norweger wegen des Generalstreiks eine Vertagung der Konferenz angeregt. (Die Konferenz ist, wie schon mitgeteilt wurde, auf den 31. Juli vertagt worden. D. Red.) — Das Falschertum der französischen Depeschenagentur zeigt den Eifer, den die Herrschenden in Frankreich darangesetzt haben, die gegenseitige Annäherung der sozialistischen Parteien zu hemmen und das französische Proletariat über den in der Internationalen herrschenden Geist zu belügen.

•

Vandervelde's Verbrechen.

Vor wenigen Tagen veröffentlichte Vandervelde eine Antwort auf Scheidemanns Broschüre „Es lebe der Frieden“. Das französische sozialistische Blatt Populaire du Centre, das für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen eintritt, geht in der Nummer vom 7. Juni mit Vandervelde scharf ins Gericht, der Scheidemann vorwirft, daß die sozialistische Mehrheit für die Kriegskredite stimme, obwohl der Reichskanzler annexionistisch gesinnt sei. Hierauf antwortet der Populaire:

„Weder der Reichskanzler noch Poincaré oder Salonom gehören zum Internationalen Sozialistischen Bureau. Die Ziele dieser Herren haben mit dem der Sozialisten nichts zu tun, insofern jene mit dem traditionellen Gedanken unserer Partei nicht in Einklang zu bringen sind. Und kann denn Vandervelde den deutschen Sozialisten die Sicherheit geben, daß die Verbandsmächte nicht entschlossen seien, Deutschland militärisch und wirtschaftlich zu erwürgen?

Wenn Vandervelde diese Sicherheit nicht geben kann, so soll er wenigstens anerkennen, daß die Frage der nationalen Verteidigung sich dem Gewissen der deutschen Sozialdemokratie in sehr ernster Weise aufwerfe. Uebrigens sei der gegenwärtige Augenblick nicht geeignet einander zu richten und Vorwürfe zu machen. Der Krieg, blutig und grausam, dauere bereits zwei Jahre. Es sei Zeit, daß die Sozialisten zusammenkommen und über die Mittel beraten, ihm ein Ende zu bereiten. Aber Vandervelde will nicht. Und das ist sein unsühnbares Verbrechen und das anderer Leute, die wir nicht vergessen. Getreu dem Mandate, das von Vandervelde verraten wird, wünschen wir, daß das europäische Problem nicht gelöst wird, ohne daß der Internationale Sozialismus Gelegenheit gehabt hätte, seine Ansichten über den sozialen und internationalen Frieden zur Geltung zu bringen. Je länger die europäische Katastrophe dauert, desto tiefer wird die Kluft zwischen Vandervelde und uns.“

Wirtschaftliche Abwehr.

Zu Pfingsten haben die zwei Wirtschaftsverbände, die seit Jahren die wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu ihrer Sache machen, in München eine gemeinsame Tagung abgehalten. Auch diese Tagung bekundete starken Gemeinschaftswillen, aber sie endete ohne Beschlußfassung. Sie stand unter der Devise, die ein Begrüßungsschreiben des abwesenden Abgeordneten Naumann angab und die von den meisten Rednern wiederholt wurde: Wo ein Wille ist, da ist ein Weg. Der Weg wurde nun freilich mit ernstem Eifer gesucht, aber was gefunden wurde, sind Wege, und nicht der Weg.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160616/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG